

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 56 (1981)
Heft: 7-8

Vereinsnachrichten: Die "Badener Fahrt" des SVW

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mitte Mai hat der Schweizerische Verband für Wohnungswesen (SVW) seine im Zweijahresturnus durchgeführte Delegiertenversammlung in Baden abgehalten. Wer die Stadt betritt, die in mancher Beziehung noch Züge vergangener Jahrhunderte bewahrt hat, der betritt geschichtsträchtigen Boden, war doch Baden vor der Bundesverfassung von 1848 Tagsatzungsort der eidgenössischen Stände, dies wohl nicht zuletzt wegen der Annehmlichkeiten, die die Stadt schon in jener Zeit zu bieten hatte. Zeugnis von dieser Vergangenheit legt auch das gut restaurierte Rathaus der eidgenössischen Stände ab, das mitten in der Altstadt liegt. Doch weniger um historischen Erinnerungen nachzuhängen waren die gegen 450 Delegierten der schweizerischen Wohngenossenschaftsbewegung gen Baden gefahren; es ging vielmehr darum, in einer Zeit wiederum steigender Wohnungsnot sich mit dieser Lage auseinanderzusetzen und möglichst auch Vorschläge zu ihrer Verbesserung aufzuzeigen.

In der Begrüssungsansprache setzte sich

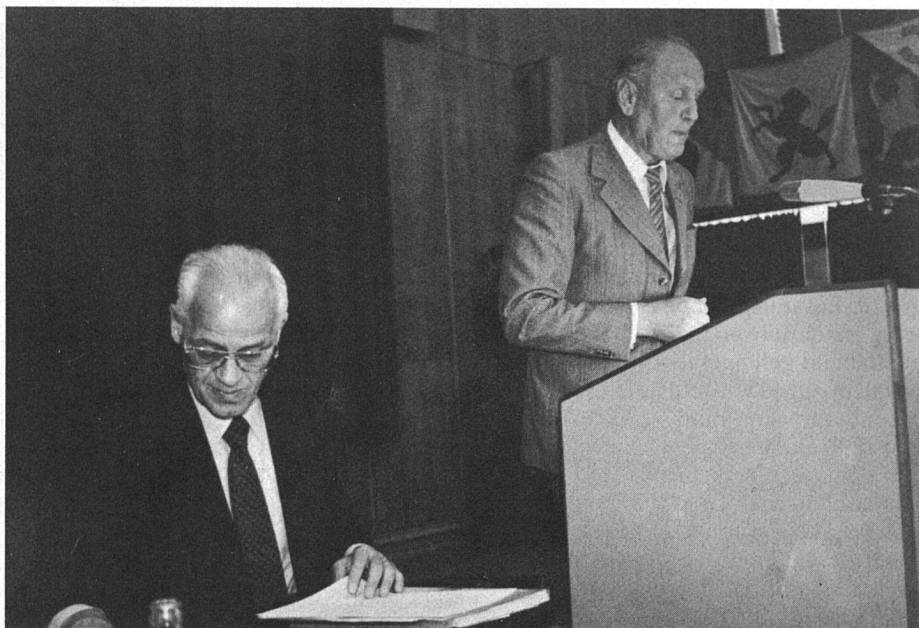
Nationalrat Otto Nauer,

Zentralpräsident des SVW, mit den Fragen auseinander, die gegenwärtig nicht nur die Wohn- und Baugenossenschaften, sondern auch Behörden und weitere Kreise beschäftigen. Wir wollen uns hier darauf beschränken, die wesentlichen Überlegungen und Gedanken des Zentralpräsidenten wiederzugeben, der als ehemaliger Geschäftsleiter der grössten schweizerischen Baugenossenschaft, der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ), und heutiger Spitzenmann der gesamtschweizerischen Bau- und Wohngenossenschaftsbewegung aus dem vollen schöpfen kann.

Dass das Wohnungsproblem bis dahin noch nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte, muss den erstaunen, der weiss, dass seit dem letzten Weltkrieg in unserem Lande

mehr als 1,5 Millionen Wohnungen gebaut

worden sind, was bedeutet, dass sich der Wohnungsbestand innerhalb von etwas mehr als einer Generation um rund das Anderthalbfache erhöht hat. Trotzdem ist bis heute die Wohnung eine Mangelware geblieben. Es ist beinahe im ganzen Land schwierig, eine Wohnung zu fin-



den, noch schwieriger allerdings, eine preisgünstige Wohnung zu finden. Unter diesem Missstand leiden vor allem die finanziell schwächsten Glieder unserer Bevölkerung. Schlimmer noch als der Mangel an Wohnungen überhaupt ist das Fehlen von geeigneten Vier- und Fünfstadtfamilienwohnungen! In dieser Lage ist es für uns selbstverständliche Pflicht, das Menschenmögliche zu tun, um wieder einen Wohnungsmarkt zu schaffen, der diesen Namen auch verdient!

Nötig sind dazu neue Förderungsmodelle und - von seiten der baugenossenschaftlichen Bewegung - der weitere Ausbau der bestehenden Fonds unseres Verbandes zur Erleichterung der Wohnbaufinanzierung über zinsgünstige Darlehen. Daneben sollte auch die Wirtschaft bei der Finanzierung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus herangezogen werden können. Angesichts des fehlenden Wohnungsmarktes ist aber auch der *Mieterschutz* entscheidend zu verbessern, soll nicht die soziale Sicherheit in unserem Lande geschwächt werden.

Es war sicher ein guter Gedanke des Zentralvorstandes, unmittelbar nach der Begrüssungsansprache von Otto Nauer der Section Romande des SVW Gelegenheit zu geben, die Delegierten eingehend zu orientieren über die Lage in der Westschweiz. *Alt Staatsrat François Picot* entledigte sich dieser Aufgabe in seinem Exposé, in dem er zeigte, wie in der Romandie die Bau- und Wohngenossen-

«Sie haben in der Vergangenheit Grosses und Gutes geleistet. Aber die Vergangenheit darf man nicht als Kanapee, man muss sie als Sprungbrett benutzen.» Der eindringliche Appell von Bundesrat Willi Ritschard wurde von den über 400 Delegierten der Bau- und Wohngenossenschaften aus der ganzen Schweiz mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. Sie bestätigten am SVW-Verbandstag in Baden Otto Nauer (links im Bild) als Zentralpräsidenten und die übrigen Mitglieder des Zentralvorstandes für weitere zwei Jahre in ihrem Amt.

schaften sich recht erfreulich weiterentwickeln. Dabei wies er darauf hin, dass vielfach eine neue Zeit auch neue Methoden erfordert, um Organisationen verschiedener Art unter dem Dach des SVW zu vereinen.

Die Section Romande ist aktiv und sehr lebendig. Ihr gehören gegenwärtig 46 Gesellschaften - darunter 44 Genossenschaften - an, die zusammen über rund 9000 Wohnungen verfügen. Der Wohnungsbestand nimmt zu. So hat die Société coopérative d'Habitation de Genève 1979 535 neue Wohnungen erstellt, während die Société coopérative d'Habitation de Lausanne im selben Jahr 327 Wohneinheiten gebaut hat.

Dass neue Wohnungen gebaut werden müssen, zeigte alt Staatsrat Picot an einigen Beispielen. So zählte man in der Agglomeration Nyon mit rund 12 500 Einwohnern Ende 1980 nur noch 34 leere Wohnungen. Im Kanton Genf gab es

zum gleichen Zeitpunkt 285 leere Wohnungen, was einem Leerwohnungsbestand von 0,2% entspricht, ganz davon zu schweigen, dass es sich dabei zum überwiegenden Teil um Wohnungen mit sehr hohen Mieten gehandelt hat.

Die Section Romande bemüht sich, ihre Arbeit zu intensivieren. Dazu tragen auch hier die Fonds des Verbandes Wesentliches bei. Mit dem Bundesamt für Wohnungswesen unterhält die Sektion enge Beziehungen, und schliesslich kann auch die im letzten Dezember gegründete Logis Suisse Romand SA beitragen zur Verbesserung des Wohnungsmarkts in der Westschweiz.

Diese wenigen Hinweise machen deutlich, dass gerade auch im Gebiet jenseits der Saane mannigfache Bestrebungen im Gange sind, die Wohngenossenschaftsbewegung weiterzuentwickeln und auf dem Gebiet des Wohnungsbaus nicht stillzustehen.

Dr. Alfred Elser, St. Gallen, seit ihrem Bestehen Präsident der Fondskommission, wurde neu in den Zentralvorstand gewählt. Unser Bild zeigt ihn links neben F.X. Suter, Vizedirektor des Bundesamtes für Wohnungswesen.



Jedermann war nun gespannt auf die Ausführungen von

Bundesrat Willi Ritschard.

Wie gewohnt hat es auch diesmal unser eidgenössischer Finanzminister wieder verstanden, die Anwesenden in den Bann seiner Rede zu schlagen, wiewohl er sich mit einigen Hinweisen auf die Bedeutung der Wohn- und Baugenossenschaftsbewegung in unserem Lande begnügte, um dann um so eingehender im Gewande des «Wanderpredigers», als den er sich selbst bezeichnete, den leeren Säckel des Finanzministers zu schwingen und bewegte Klage zu führen über unser Volk, das sich «seinen Tisch wohl habe decken lassen», wenn es aber ans Zahlen gehe, «davonzuschleichen» versuche.

Nach Ansicht von Bundesrat Ritschard ist es eigentlich schwer zu verstehen, dass es in unserem Land mit mehr als 2 Millionen Wohnungen «nur» etwa 90 000 Genossenschaftswohnungen gibt, da doch im genossenschaftlichen Woh-

nungsbau die Kostenmiete gelte und die Genossenschaften Mitbestimmungsrechte bieten.

Dann aber ging Bundesrat Ritschard zu seinen eigenen Sorgen über und wies darauf hin, dass unser Land heute eine Schuldenlast von rund 20 Milliarden Franken zu tragen habe. Das sind immerhin an die 3200 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Um nur diese Schulden zu verzinsen, muss unser Land täglich 2,5 Millionen Franken aufbringen (eine runde Milliarde jährlich). Bereits müssen wir neue Schulden auf uns nehmen, um die Zinsen für die alten Schulden bezahlen zu können. Neue Einnahmen sind dringend erforderlich. Nach Bundesrat Ritschard steht heute weit mehr auf dem Spiel als nur die Frage von mehr Steuern, über die das Schweizervolk im November dieses Jahres zu entscheiden haben wird. Auf dem Spiel stehen Leumund und Glaubwürdigkeit dieses Staates, auf dem Spiel steht die Frage, ob unsere Demokratie überhaupt noch fähig ist, die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Die Finanzpolitik ist in den letzten Jahren zum zentralen Thema geworden. Das ist deshalb ein schlechtes Zeichen, weil es die wesentliche Aufgabe des Staates ist, für die *Wohlfahrt* seiner Bürger zu sorgen und Zukunftsaufgaben ins Auge zu fassen. Je mehr uns aber Finanzfragen beschäftigen, desto weniger sind wir in der Lage, die Zukunft zu gestalten. Dass unser Land vor einer ganz entscheidenden Weichenstellung steht, ging am Schluss der Ausführungen von Bundesrat Ritschard aus seiner Feststellung hervor, dass, wenn es nicht gelingt, auf dem ordentlichen Weg der Volksabstimmung unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, neue Steuern auf dem Weg des *Notrechts* eingeführt werden müssten.

Den Willkommgruss der Bäderstadt entbot deren Stadtammann, der darauf hinwies, dass Baden mit seinen rund 14 000 Einwohnern über mehr als 18 000 Arbeitsplätze verfügt. Tatsächlich ist die Stadt, in der eines der grössten schweizerischen Unternehmen seinen Sitz hat, ein bedeutendes Industriezentrum, und die hier und in der Umgebung Badens ansässige Industrie gibt Zehntausenden von Menschen Arbeit und Brot.

Als Präsident der gastgebenden Sektion Aargau begrüsst *Hansjörg Plüss* die 450 Delegierten der Bau- und Wohngenossenschaften des ganzen Landes. Er bezeichnete dabei Baden als eigentliche schweizerische *Energiemetropole*, haben doch in der Bäderstadt bedeutende Unternehmungen, die insbesondere auf diesem Gebiet tätig sind, ihren Sitz.

Dass zu Jahresberichten, Rechnungen und Bilanzen, die den Delegierten schon vor der eigentlichen Tagung zur Verfü-

gung gestellt worden waren, kaum Wortmeldungen erfolgt sind, spricht für die sorgfältige Abfassung und – was die Rechnungen betrifft – die erfreulich positiven Abschlüsse der Geschäftsjahre 1979 und 1980!

Anlass zu besonderer Genugtuung bietet an den Verbandstagungen immer wieder der verbandseigene *Solidaritätsfonds*, der heute – und das ohne Zinsgutschriften – einen Bestand von etwas über 3 Millionen Franken erreicht hat. Jahr für Jahr sind es Tausende von Genossenschaftsfamilien aus der ganzen Schweiz, die an der Äufnung dieses Fonds beteiligt sind, dazu bestimmt, Restfinanzierungen zu günstigen Bedingungen vorzunehmen und dadurch mancher neuen Wohngenossenschaft den Bau preisgünstiger Wohnungen überhaupt zu ermöglichen. Dass daneben auch der *Fonds de roulement*, dem die Eidgenossenschaft heute über 12 Millionen Franken zur Verfügung stellt, eine segensreiche Wirkung auszuüben vermag, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Es zeigt aber, dass der Bund trotz der angespannten Finanzlage den Wohnungsbau weiter zu fördern bereit ist.

Eine Tagung wie die des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen hat natürlich nicht nur die Aufgabe, die Wohn- und Baugenossenschaften unseres ganzen Landes dazu aufzurufen, in ihren Bemühungen, den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern, nicht zu erlahmen. Sie hat – wie man das etwa nennen mag – auch gesellschaftliche Funktionen. Vor allem soll sie Bau- und Wohngenossenschafter, die innerhalb ihrer Organisationen Verantwortung tragen, zu kameradschaftlichem Beisammensein vereinen, und sie soll – womit wir wieder eher die geschäftliche Seite berühren – natürlich auch den Erfahrungsaustausch ermöglichen. *Hans E. Mühlemann, Basel*

SVW-Führung unverändert

Die konstituierende Sitzung des Zentralvorstandes SVW im Juni brachte die Bestätigung der bisherigen Mandatsinhaber, welche sich alle für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung gestellt hatten. In ihrem Amte bestätigt wurden A. Bussey als Vizepräsident, H. Metz als Zentralkassier sowie E. Müller, E. Schlatter und Dr. D. Keller als weitere Mitglieder des von Zentralpräsident O. Nauer geleiteten Büros. Für eine weitere Amtsperiode mit dem Präsidium betraut wurden Dr. A. Elser und R. Gay (Fondskommissionen), Prof. H. Kunz (Technische Kommission), S. Zimmermann (Bildungskommission) sowie alt Zentralpräsident A. Maurer für die Kommission das Wohnen, der neu auch H. Ahl angehört.